

**IN ZEITEN
VON CORONA**



IHK-Energiewende- Barometer 2020

Auswertung für Bayern



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Inhalt

1. Energiewende in Bayern: Vorsichtiger Optimismus trotz Krise	4
2. Auch in der Krise kaum Verschnaufpause bei Energie- und Strompreisen	5
3. Bayerns Betriebe engagieren sich zunehmend für die Energie- und Klimawende	6
4. Auswirkungen der Corona-Krise auf Energiewende und Klimaschutz in Betrieben	8
5. Neue nationale CO ₂ -Bepreisung: Optimismus hält sich weiter in Grenzen	9
6. Welche Baustellen die Politik jetzt dringend angehen sollte	11

Auf einen Blick

Mit dem Energiewende-Barometer stellt die IHK-Organisation jährlich die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor, an der sich das Ehrenamt und weitere Mitgliedsunternehmen der Organisation beteiligen. Das Barometer bildet eine Bewertung der Unternehmen zum Fortschritt der Energiewende sowie zur aktuellen Klima- und Energiepolitik ab. In diesem Jahr fand die Befragung vom 12. bis 30. Oktober 2020 statt.

Grundlage der vorliegenden Auswertung sind deutschlandweit 2.559 eingegangene Antworten, davon 308 aus Bayern. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (32 %), Bau (7 %), Handel (19 %) und Dienstleistungen (42 %).

Zentrale Ergebnisse

Auch in der Corona-Krise sind für die bayerischen Unternehmen Klimaschutz und Energiewende zentrale Anliegen geblieben. Im Vorjahresvergleich haben sie ihr Engagement bei vielen Energie- und Klimaschutzmaßnahmen sogar nochmals gesteigert. Mehr als zwei Drittel der befragten Betriebe sehen die Krise dabei nicht als Hemmnis, ein Drittel sieht sich krisenbedingt allerdings gezwungen, geplante Maßnahmen zumindest zu verschieben.

Die Chancen und die Risiken der Energiewende halten sich aus Sicht der in Bayern befragten Unternehmen dabei ungefähr die Waage. Die Betriebe sehen sich weiterhin mit altbekannten wie neuen Herausforderungen konfrontiert. Hohe Energie- und Strompreise beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit. Neue klimapolitische Instrumente, wie die nationale CO₂-Bepreisung ab 2021, bringen zusätzliche Unsicherheiten.

Auch während der Krise darf die Politik die zentralen Baustellen der Energiewende nicht vernachlässigen. Es bedarf mehr denn je politischer Rückendeckung, damit die immer ambitionierteren Ziele im Klimaschutz und der Energiewende erreichbar werden. Für die bayerischen Unternehmen sind auch 2020 die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien sowie eine Entlastung bei Steuern und Abgaben auf Strom am dringlichsten.



ENERGIEWENDE
Chancen und Risiken
halten sich die Waage



PREISE
Auch in der Krise
wenig Entlastung



**BETRIEBLICHE
MAßNAHMEN**
Wirtschaft engagiert sich
zunehmend für Energie-
und Klimawende.



CORONA-KRISE
Wenig Hindernis
für betriebliche
Energiewende
und Klimaschutz



**NATIONALE
CO₂-BEPREISUNG**
Optimismus hält sich
weiter in Grenzen



POLITIK
Verfahrensverzögerungen,
Netzausbau und
Fehlreize bleiben
große Baustellen

1. Energiewende in Bayern: Vorsichtiger Optimismus trotz Krise

Trotz der Einschnitte in der Corona-Krise blicken Bayerns Betriebe der Energiewende wieder etwas positiver entgegen – zumindest unter dem Strich. Im Schnitt aller Branchen und Unternehmensgrößen bewerten die befragten Unternehmen 2020 die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit mit einem positiven, wenn auch relativ neutralen Barometerwert von 0,6¹. Das ist optimistischer als im Vorjahr (-2,1) und die Stimmung in Bayern ist damit besser als im deutschen Durchschnitt (-2,5).

Abb. 1²: Bewertung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens

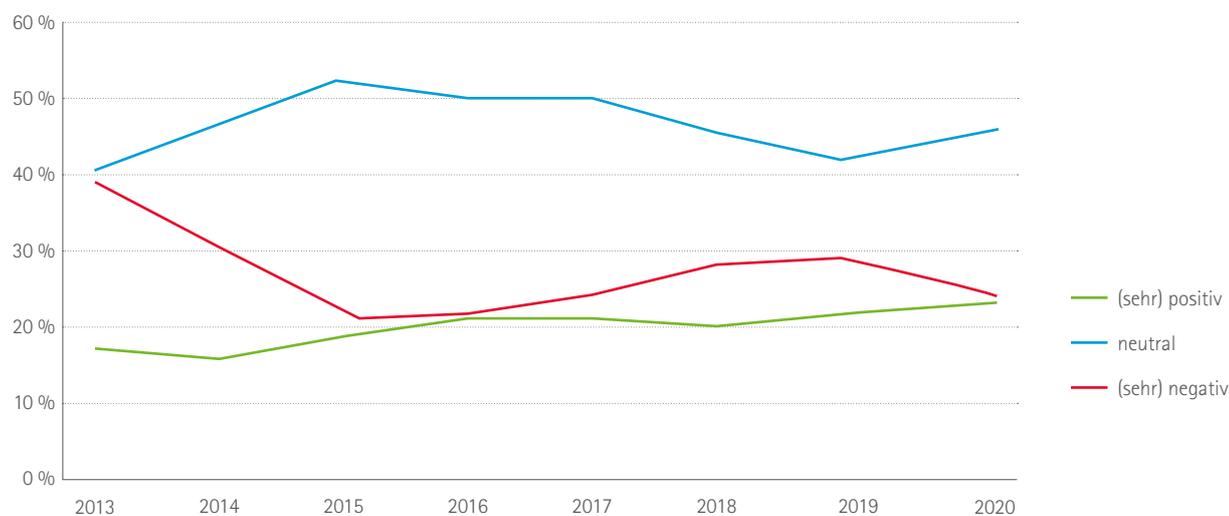


Abb. 1 zeigt, wie die Betriebe von 2013 bis 2020 die Auswirkungen der Energiewende auf den Wettbewerb einordnen. Im Jahr 2020 sieht knapp ein Viertel aller befragten bayerischen Unternehmen in der Energiewende eine Gefahr für die eigene Wettbewerbsfähigkeit, das heißt sie schätzen die Auswirkungen „negativ“ oder „sehr negativ“ ein. Ähnlich viele sehen allerdings eher Chancen, rechnen also mit „positiven“ oder „sehr positiven“ Effekten.

Vor allem der Mittelstand hadert derzeit mit der Energiewende. Betriebe mit 10 bis 250 Mitarbeitern machen sich energiewendebedingt am meisten Sorgen um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Bei kleineren sowie besonders großen Unternehmen (mit bis zu 9 bzw. über 1000 Mitarbeitern) wird die Energiewende am chancenreichsten eingeschätzt.

Außerdem variiert das Stimmungsbild stark zwischen den Wirtschaftssektoren. Die Industrie blickt den Konsequenzen der Energiewende mit einem Barometerwert von -16,5 am pessimistischsten entgegen. Dort ist der Anteil der Energie an der gesamten Wertschöpfung sowie in der Wertschöpfungskette vergleichsweise hoch. Die Wettbewerbsfähigkeit hängt entsprechend stärker von energie- und klimapolitischen Entscheidungen und deren Folgen ab, wie z. B. hohen Strompreisen. Aktuelle politische Entwicklungen bzw. Stillstände, wie die recht zögerliche Herangehensweise an die Reformierung des EEG, trüben hier die Stimmung.

Der Bausektor sieht sich hingegen eher als Profiteur der Energiewende (mit +20 höchster Barometerwert im Branchenvergleich). Dort hat sich die Stimmung im Vergleich zum Vorjahr (+6,25) deutlich verbessert. Die klimapolitischen Maßnahmen der letzten Monate, wie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung u. a. im Wärmebereich, lassen auf neue Impulse und eine gute Geschäftslage im Gebäudesektor hoffen.

¹ Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“, bei -100 mit „sehr negativ“ geantwortet (IHK-Energiewende-Barometer 2020, DIHK-Auswertung Gesamtdeutschland).

² Alle Abbildungen in vorliegender Broschüre sind eigene Darstellungen auf Basis der Datenerhebung des IHK-Energiewende-Barometers 2020.

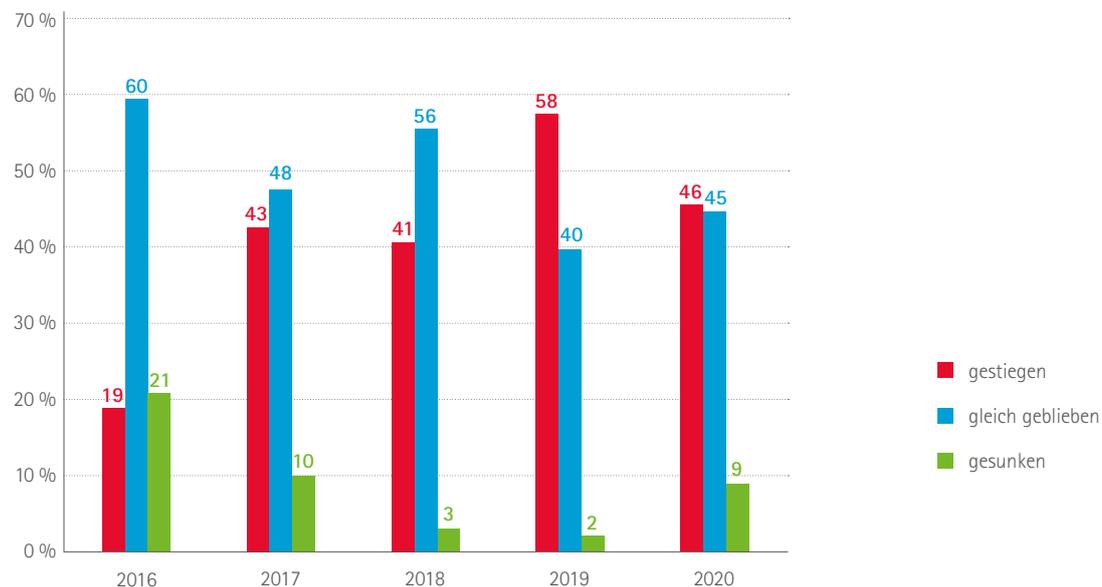
2. Auch in der Krise kaum Verschnaufpause bei Energie- und Strompreisen

Bedingt durch die Corona-Pandemie kam es zwar zu Einbrüchen bei der Stromnachfrage, die in Kombination mit sinkenden Gaspreisen und zunehmendem Ausbau der erneuerbaren Energien die Großhandelsstrompreise in Europa stark drückten. Dieser Effekt ist aber nicht dauerhaft zu erwarten und wirkt sich nur in Teilen und verzögert auf die Endkundenpreise aus.³

In Deutschland wird der Strompreis für Endkunden erheblich von staatlich veranlassten Steuern, Abgaben und Umlagen bestimmt. Diese machen derzeit für Unternehmen ca. die Hälfte des Gesamtpreises aus. Allein die Umlagen stiegen von 2019 auf 2020 um 5 %.⁴ Der zweijährliche Bericht der EU-Kommission zu den Energiepreisen und -kosten in Europa attestierte Deutschland 2019 die EU-weit höchsten Industriestrompreise in fast allen Verbrauchsklassen.⁵

Die Ergebnisse des diesjährigen Energiewende-Barometers bestätigen wieder: Die Wirtschaft in Bayern kämpft weiterhin mit den Rekordstrompreisen. Über die vergangenen 12 Monate melden gut 46 % der befragten Betriebe steigende Strompreise. Der Negativrekord des Vorjahres (58 %) wird dadurch zwar nicht fortgesetzt. Dennoch sind für mehr Betriebe die Preise gestiegen als stabil geblieben. Nicht einmal jedes zehnte Unternehmen meldet eine Entlastung beim Strompreis. Abb. 2 zeigt die von der bayerischen Wirtschaft in den letzten 5 Jahren jeweils beobachtete Strompreisentwicklung über einen Zeitraum von 12 Monaten.

Abb. 2: Beobachtete Entwicklung der Strompreise in den vorangegangenen 12 Monaten



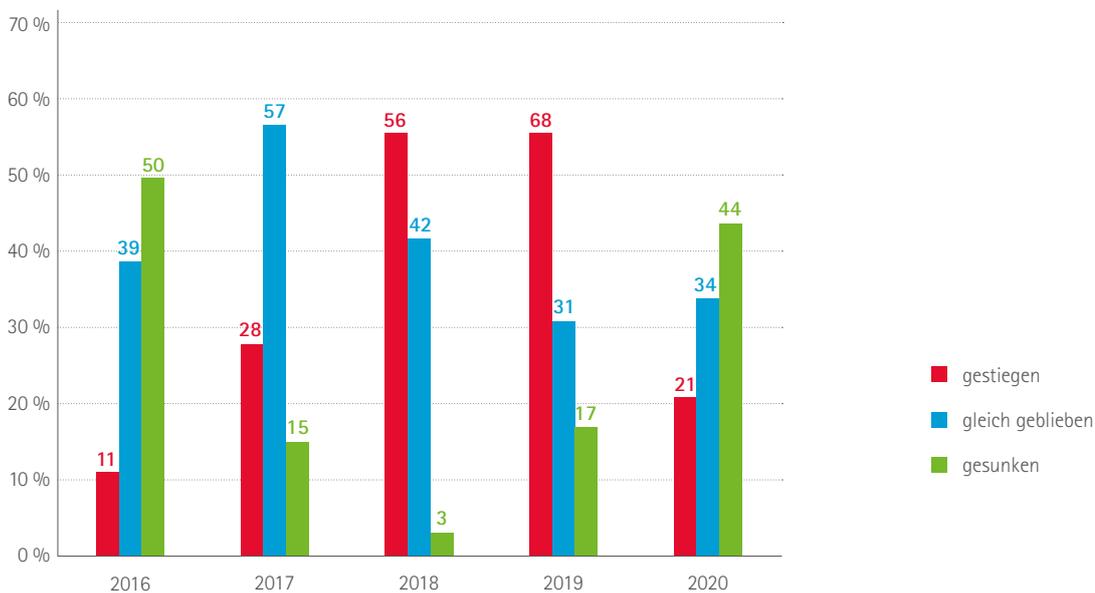
³ EU-Kommission (2020). Energiepreise und Energiekosten in Europa. {SWD(2020) 951 final}. Download hier: https://ec.europa.eu/energy/data-analysis/energy-prices-and-costs_en

⁴ Für Unternehmen, die keine Privilegien beim Strompreis in Anspruch nehmen können.

⁵ EU-Kommission (2019). Energiepreise und Energiekosten in Europa. {SWD(2019) 1 final}. Download hier: https://ec.europa.eu/energy/data-analysis/energy-prices-and-costs_en

Bei den Energierohstoffen wie Öl, Gas und Kohle sieht die Preisentwicklung aus Sicht der Wirtschaft besser aus (vgl. Abb. 3). Im letzten Jahr hatten knapp 68 % der Betriebe in Bayern eine Steigerung der Energiepreise innerhalb der vorangegangenen 12 Monate beobachtet. Dieses Jahr machte lediglich rund ein Fünftel diese Angabe. Die Corona-bedingt starken Einbrüche beim Öl- und Gaspreis kommen hier bereits zum Tragen.

Abb. 3: Beobachtete Entwicklung der Energiepreise in den vorangegangenen 12 Monaten



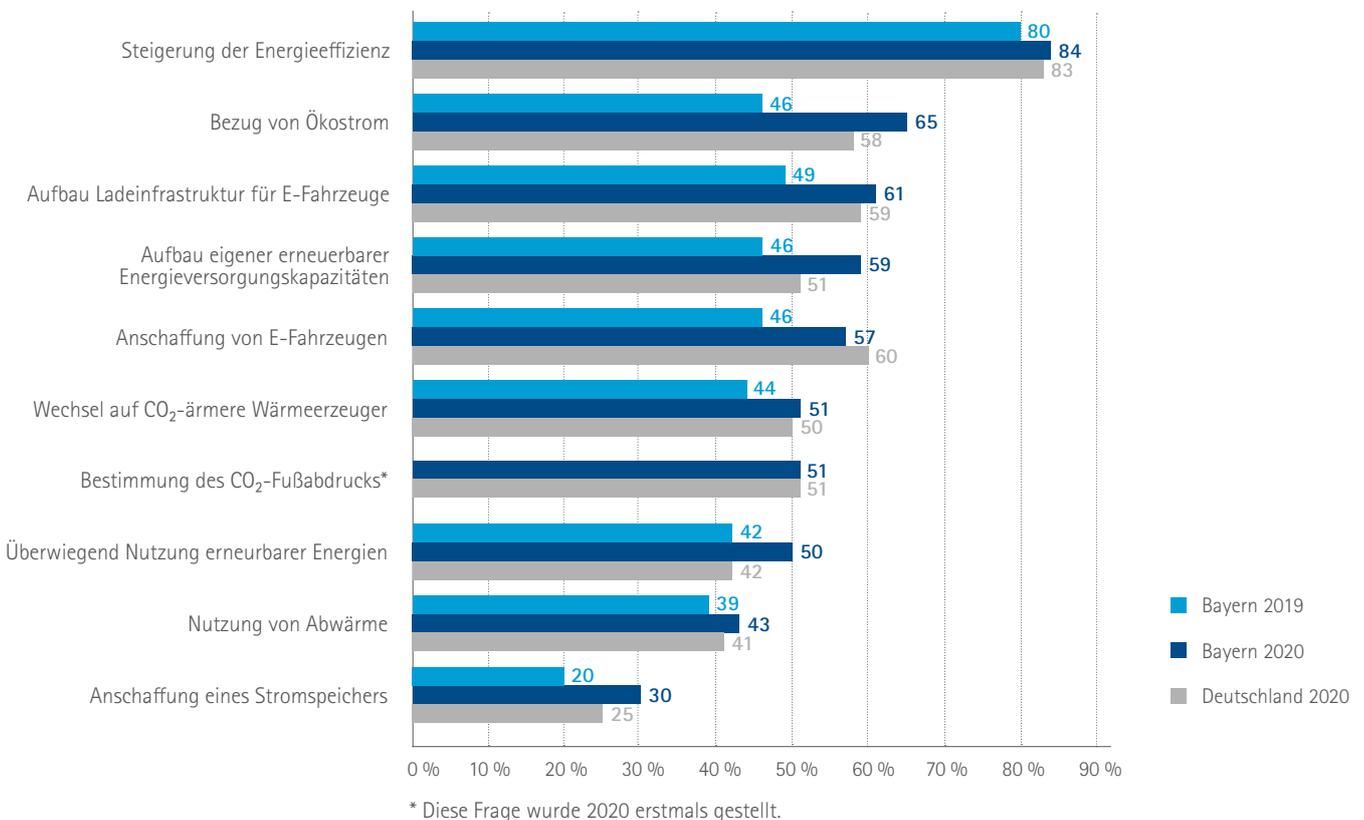
3. Bayerns Betriebe engagieren sich zunehmend für die Energie- und Klimawende

Seit der letzten Umfrage zum IHK-Energiewende-Barometer hat sich auf dem energie- und klimapolitischen Parkett wieder viel getan. Auf allen Ebenen wurde an Stellschrauben gedreht, um der Energiewende sowie klimafreundlichen Strukturen und Lösungen in Wirtschaft und Gesellschaft den Weg zu ebnet. In Europa wurde der Green Deal beschlossen und seine Umsetzung auch während der Corona-Krise im Sinne eines „grünen Neustarts“ vorangetrieben. In Deutschland wurde über die Reform des EEGs sowie Details des neuen nationalen Emissionshandels diskutiert. Und auch in Bayern ging es voran, u. a. mit dem ersten Landesklimaschutzgesetz inklusive Maßnahmenpaket.

Abseits des politischen Parketts arbeiten viele bayerische Unternehmen in ihrem eigenen Betrieb an der Energie- und Klimawende. Dies bestätigen einmal mehr die Ergebnisse des diesjährigen Barometers. Abb. 4 zeigt:

In allen Kategorien haben die Betriebe ihr Engagement im Vorjahresvergleich nochmals deutlich gesteigert. Außerdem ist Bayern bei den meisten der Energie- und Klimaschutzmaßnahmen Vorreiter – es befassen sich also mehr Betriebe in Bayern mit dem jeweiligen Vorhaben als im deutschen Durchschnitt.

Abb. 4: Ausgewählte Maßnahmen zur Reaktion auf Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik, die bei den 2020 befragten bayerischen Betrieben geplant, bereits laufend oder schon abgeschlossen sind



Wie schon in den letzten Jahren stehen Energieeffizienzmaßnahmen bei den bayerischen Unternehmen an erster Stelle. Im diesjährigen Barometer geben gut 84 % der Befragten an, sich damit zu befassen oder entsprechende Maßnahmen bereits abgeschlossen zu haben – ein stabil hoher Umfragewert (2019: 80 %; 2018: 74 %; 2017: 84 %). In der Industrie machen mehr als 95 % diese Angabe. Neben Effizienzmaßnahmen greift die bayerische Wirtschaft zunehmend deutlich auch zu anderen Mitteln, um auf die Veränderungen in Energiewirtschaft und –politik reagieren und weiter erfolgreich am Standort wirtschaften zu können.

So erfreut sich der Bezug von Ökostrom stark wachsender Beliebtheit. Während in diesem Jahr rund 65 % der befragten Unternehmen angeben, dies zu planen, gerade umzusetzen oder schon realisiert zu haben, war es im Vorjahr noch nicht einmal die Hälfte. In einem Umfeld wachsenden Bewusstseins für Klimaschutz und erwartungsgemäß steigender CO₂-Preise befassen sich immer mehr Unternehmen mit der eigenen CO₂-Bilanz und den Möglichkeiten zur effizienten Stromversorgung aus nachweislich erneuerbaren Quellen. Diese Entwicklung unterstreicht zudem einmal mehr den Bedarf und das Potential eines Systems nationaler Herkunftsnachweise.

Auch andere Maßnahmen im Strom- sowie Mobilitätsbereich haben seit der letzten Umfrage nochmals deutlich an Relevanz für die bayerische Wirtschaft gewonnen: so der Aufbau von Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge (plus 12 Prozentpunkte auf 61 %) und erneuerbarer Energieversorgungskapazitäten (plus 14 Prozentpunkte auf 60 %), die Anschaffung von Stromspeichern (plus 10 Prozentpunkte auf 30 %; Verdopplung seit 2018) und von E-Fahrzeugen (plus 11 Prozentpunkte auf 57 %). Andere alternative Antriebe verzeichneten immerhin ein Plus von 5 Prozentpunkten, damit beschäftigt sich nun rund ein Drittel der in Bayern befragten Unternehmen mit dieser Thematik.

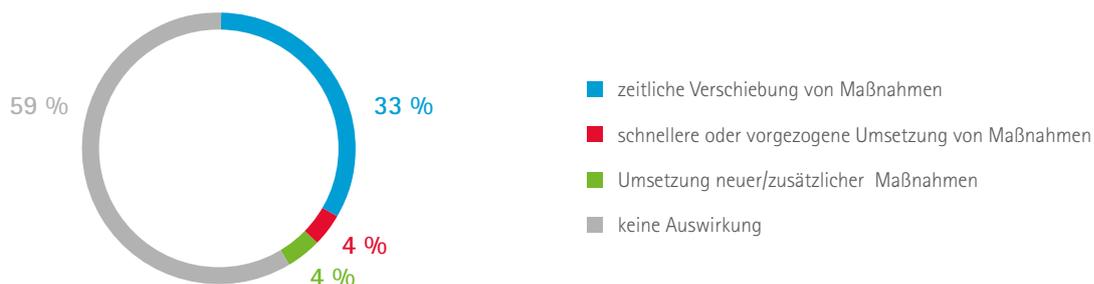
Mittlerweile nutzt die Hälfte der bayerischen Betriebe überwiegend erneuerbare Energien. Ebenso viele setzen auf den Wechsel zu CO₂-ärmeren Wärmeerzeugern oder befassen sich aktiv mit ihren Treibhausgasemissionen: Gut 50 % der Betriebe geben an, an einem CO₂-Footprinting zu arbeiten oder den eigenen Footprint bereits zu kennen.

Erstmals thematisiert wurde im diesjährigen Barometer die Nutzung von Wasserstoff. In Bayern wie deutschlandweit ist das Thema bislang nur für eine Minderheit der Unternehmen interessant. Bei jeweils rund 88 % sind bislang keine Projekte mit Wasserstoffbezug in Planung oder umgesetzt. Experten sehen in Wasserstoff mittlerweile eine zentrale Säule der Energie- und Klimawende, zumindest in einzelnen Wirtschaftsbereichen wie der energieintensiven Industrie oder dem Schwerlast- und Luftverkehr. Der Weg von ersten innovativen Ideen hin zu einem wettbewerblichen Wasserstoffmarkt, flächendeckender Verfügbarkeit und wirtschaftlich darstellbaren technischen Lösungen ist aber noch weit.

4. Auswirkungen der Corona-Krise auf Energiewende und Klimaschutz in Betrieben

Die vergangenen Monate waren geprägt von der Corona-bedingten Wirtschaftskrise sowie Debatten um die bestmögliche Gestaltung eines „grünen Neustarts“ in Anknüpfung an die vor der Krise erfolgte energie- und klimapolitische Weichenstellung. Wie die Wirtschaft selbst dazu steht, hat das diesjährige Energiewende-Barometer abgefragt. Aus Abb. 5 geht hervor, dass für die bayerischen Unternehmen trotz der Corona-Krise Klimaschutz und Energiewende zentrale Anliegen bleiben. Ein Drittel muss allerdings krisenbedingt Maßnahmen zeitlich verschieben.

Abb. 5: Auswirkung der Corona-Krise auf die Maßnahmen für Energiewende und Klimaschutz in Ihrem Unternehmen



Für 59 % der befragten Unternehmen in Bayern hat die Corona-Krise keinen Effekt auf Energie- und Klimaschutzmaßnahmen (deutschlandweit: 56 %). In rund 8 % der Betriebe wird sie zum Katalysator und beschleunigt bereits geplante Maßnahmen oder trägt sogar zur Umsetzung neuer, zusätzlicher Vorhaben bei. Damit stellt die Krise für rund Zweidrittel kein Hindernis bei Energiewende und Klimaschutz dar. Ein Drittel gibt an, krisenbedingt geplante Maßnahmen zu vertagen (Deutschland: 36 %).

Ein Blick auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren und Betriebsgrößen zeigt: Vor allem Industriebetriebe und größere Unternehmen (ab 500 bis 999 Mitarbeiter) haben durch die Corona-Krise Schwierigkeiten, ihren ursprünglichen Zeitplan zu schaffen. Jeweils über die Hälfte macht dort die Angabe, Energie- und Klimaschutzvorhaben nun später als geplant anzugehen. Die kleinsten (bis zu 9 Mitarbeiter) und größten Betriebe (ab 1.000 Mitarbeiter) bestärkt die Krise in ihren Plänen. Jedes zehnte Kleingewerbe und knapp ein Fünftel der Großunternehmen geben an, Pläne nun schneller umzusetzen oder zusätzliche Vorhaben in Angriff zu nehmen.

Die Antworten spiegeln erneut den hohen Stellenwert wider, den die Wirtschaft in Bayern der Energie- und Klimawende mittlerweile beimisst. In der letztjährigen Umfrage hatten mehr als 90 % der befragten Unternehmen angegeben, weiteren klimapolitischen Maßnahmen positiv gegenüber zu stehen. Aus Sicht vieler Betriebe (36 % aller 2019 Befragten) war dabei zentral, dass aus künftigen energie- und klimapolitischen Entscheidungen keine zusätzlichen finanziellen oder bürokratischen Belastungen für das eigene Unternehmen resultieren. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Krise darf dieser Aspekt nochmals betont werden.

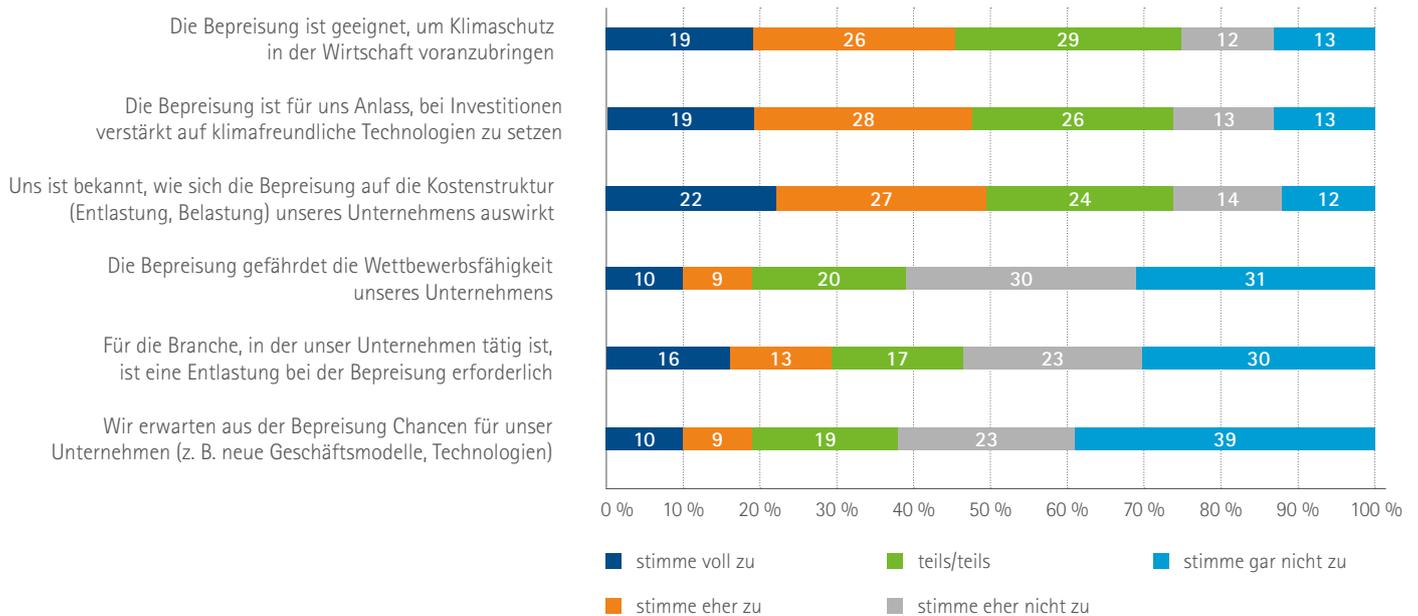
5. Neue nationale CO₂-Bepreisung: Optimismus hält sich weiter in Grenzen

In der letztjährigen Umfrage hatten mehr als drei Viertel der befragten Unternehmen in Bayern einen Handel mit Emissionszertifikaten im Wärme- und Verkehrsbereich als zusätzliches Klimaschutzinstrument abgelehnt. Sie plädierten eher für den Ausbau von (steuerlichen) Anreizen und Förderprogrammen. Trotz aller Skepsis wird im Januar 2021 die nationale CO₂-Bepreisung in diesen Sektoren an den Start gehen. Die Verhandlungen zur genauen Ausgestaltung, insbesondere der für die betroffenen Unternehmen zentralen Kompensationsmechanismen, dauern noch an (Stand Mitte Dezember).

Abb. 6 zeigt, wie die an der diesjährigen Umfrage beteiligten Betriebe in Bayern die Einführung des neuen Instrumentes bewerten. Das Stimmungsbild ist sehr durchwachsen:

Von allen Befragten bewerteten rund 45 % die Eignung der CO₂-Bepreisung als Instrument für mehr Klimaschutz in der Wirtschaft positiv, 47 % sehen sich potentiell durch sie veranlasst, mehr klimafreundliche Investitionen zu tätigen (Antwort jeweils „stimme voll“ oder „eher zu“). Bei 29 % ist die Meinung zum Instrument geteilt, 26 % sind sich unschlüssig, ob sich daraus ein Investitionsanreiz für sie ergibt. Rund ein Viertel der Befragten erachtet das Instrument als (eher) ungeeignet, mehr Klimaschutz in der Wirtschaft herbeizuführen. Ebenso viele sehen darin (eher) keinen Anlass, verstärkt in klimafreundliche Technologien zu investieren. Deutschlandweit zeigt sich ein ähnlich heterogenes Meinungsbild.

Im Vergleich der Branchen und Unternehmensgrößen zeigt sich, dass der Bausektor sowie sehr große Unternehmen (über 1.000 Mitarbeiter) den neuen Zertifikatehandel im Sinne der obigen Aspekte am besten bewerten.

Abb. 6: Einschätzungen zur neuen nationalen CO₂-Bepreisung durch die 2020 befragten bayerischen Unternehmen

Hinweis: Durch Rundung summieren die Balken nicht immer auf 100 %.

Die Frage, ob sie in der nationalen CO₂-Bepreisung eine Gefahr für ihre Wettbewerbsfähigkeit sehen, bejahte ein Fünftel aller in Bayern befragten Unternehmen (Antwort „stimme voll“ oder „eher zu“). Ein weiteres Fünftel ist sich hinsichtlich Wettbewerbs-effekten unsicher, gut 60 % sehen (eher) keine Gefahr. Um mögliche Geschäftsrisiken auffangen zu können, fordern knapp 30 % der Befragten eine Entlastung bei der CO₂-Bepreisung. Gut die Hälfte kommt nach eigener Einschätzung ohne Entlastung aus. Auch hier zeigt sich im Deutschlanddurchschnitt ein sehr ähnliches Meinungsbild.

Die Stimmung variiert stark hinsichtlich verschiedener Branchen und Unternehmensgrößen. In Bayern sieht sich die Industrie am stärksten von möglichen Risiken betroffen. Dort fürchtet knapp ein Drittel Wettbewerbsrisiken durch den neuen CO₂-Preis, über die Hälfte fordert Entlastung. Die kleinsten Betriebe schätzen die Risiken am geringsten ein: Gut 86 % der Unternehmen mit bis zu 9 Mitarbeitern fürchten keine Wettbewerbsnachteile durch den CO₂-Preis, nur knapp 12 % erachten eine Entlastung für notwendig.

Jedoch ist sich nur rund jedes zehnte aller befragten Unternehmen in Bayern sicher (Antwort „stimme voll“), dass sich durch die Bepreisung Chancen ergeben werden – z. B. in Form neuer Geschäftsmodelle oder Technologieentwicklung (Deutschland: 9 %). Diese Meinung teilen 62 % der Befragten (eher) nicht (Deutschland: 61 %).

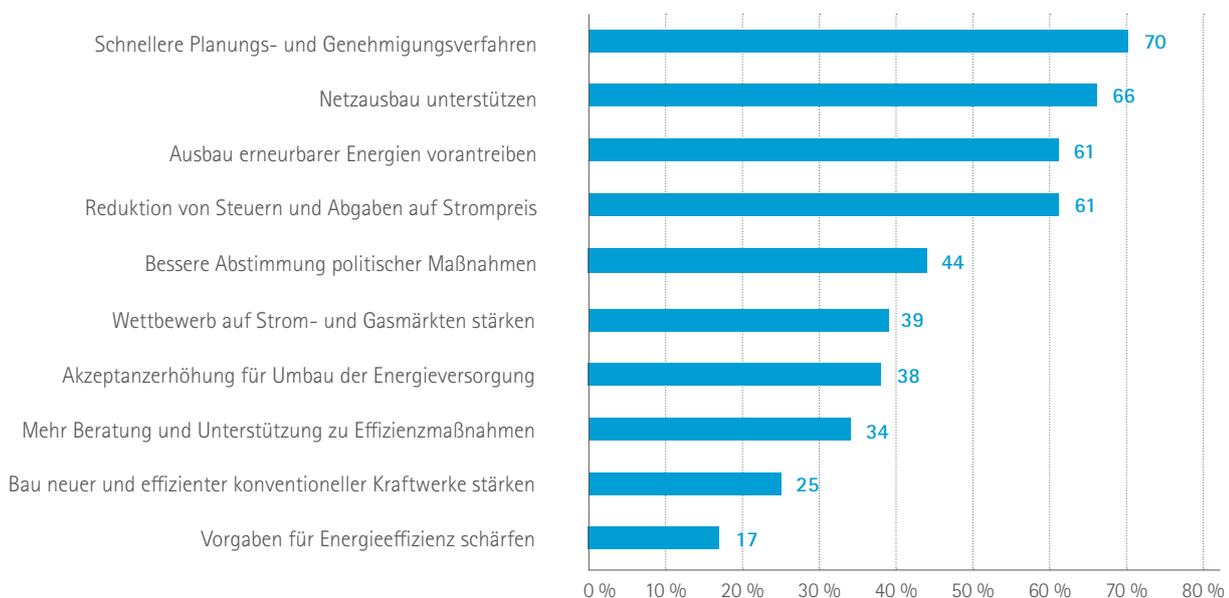
Die Einschätzungen zur CO₂-Bepreisung sind vor dem Hintergrund einzuordnen, dass in Bayern nach eigener Angabe nur knapp der Hälfte der Befragten die Kostenwirkung des Instrumentes auf den eigenen Betrieb (eher) bekannt ist. Jeweils rund ein Viertel ist sich unsicher oder kennt die Kosteneffekte (eher) nicht. Dies mag der komplexen Wirkweise, der sehr unterschiedlichen Branchenbetroffenheit und den vielen noch unklaren Regelungen zum Zeitpunkt der Umfrage geschuldet sein.

6. Welche Baustellen die Politik jetzt dringend angehen sollte

Hinter der Wirtschaft liegen turbulente Monate voller Herausforderungen und Unsicherheit. Dass die bayerischen Unternehmen sich dennoch nicht von ihrem Zukunftskurs abbringen lassen und nach wie vor engagiert an Energiewende und Klimaschutz arbeiten, haben die Ergebnisse des diesjährigen Barometers gezeigt. An welchen Stellen kann die Politik sie dabei unterstützen?

Abb. 7 zeigt, welche Maßnahmen sich die befragten Unternehmen im Rahmen der Energie- und Klimawende kurzfristig von der Politik wünschen, um die Energieversorgung sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten.

Abb. 7: Empfehlungen der 2020 befragten bayerischen Betriebe an die Politik (Mehrfachnennungen möglich)



Wie in den Vorjahren ist den Unternehmen in Bayern der Einsatz der Politik für schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren (70 %) sowie für den Ausbau der Stromnetze (66 %) am wichtigsten. Im Branchenvergleich leiden vor allem die Bauwirtschaft und der Handel unter zähen Verfahren (75 % bzw. 78 % fordern Beschleunigung). Beim Netzausbau wünscht sich vor allem die Industrie weiterhin mehr politischen Nachdruck (71 % fordern Unterstützung).

Jeweils gut 60 % der befragten Betriebe in Bayern fordern von der Politik eine Entlastung bei den Steuern und Abgaben auf Strom (Industrie 73 %) sowie das Fortkommen beim Erneuerbaren-Ausbau (Bau 70 %). Wie im Vorjahr stehen diese Punkte damit wieder weit oben auf der Wunschliste. Besonders die Ausweitung der erneuerbaren Energieversorgung gewinnt an Bedeutung. 2018 hatten dies erst 49 % der bayerischen Unternehmen gefordert.

Die Ergebnisse unterstreichen, dass die Politik auch während der Krise die zentralen Baustellen der Energiewende nicht vernachlässigen darf. Denn Klimaschutz verliert post-Corona nicht an Dringlichkeit, das ist den bayerischen Unternehmen klar. Aber ohne ausreichende politische Unterstützung sind die immer ambitionierteren Ziele nicht erreichbar. Nur im engen Schulterschluss von Wirtschaft und Politik können große gesellschaftliche Herausforderungen erfolgreich gemeistert werden. Egal ob es um Corona oder die Energie- und Klimawende geht.



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

Impressum

Verleger und Herausgeber:

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag (BIHK) e. V.

Vorstand: Dr. Eberhard Sasse und Dr. Manfred Gößl

Max-Joseph-Straße 2, 80333 München

☎ +49 (0)89 5116-0

@ info@bihk.de

🌐 bihk.de

Fachliche Ansprechpartner:

Dr. Norbert Ammann ☎ 089 5116-1392 @ norbert.ammann@muenchen.ihk.de

Julia Goebel ☎ 089 5116-1797 @ goebelj@muenchen.ihk.de

Projektverantwortung und Bearbeitung:

Julia Goebel, IHK für München und Oberbayern

Gestaltung:

Ideenmühle GmbH, Eckental

Druck:

Oberländer GmbH & Co. KG, Bodenseestraße 18, 81241 München

Bildnachweis:

Titel: Mockup Ideenmühle aus AdobeStock © flyalone & © maeching

Stand: Dezember 2020

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.